

PLANZEICHENERKLÄRUNG

Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes. Mit der Bekanntmachung dieses Bebauungsplanes nach § 10 (3) BauGB treten alle bis dahin rechtsverbindlichen Bebauungspläne im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 297 außer Kraft.

a) Art und Maß der baulichen Nutzung

Mischgebiete

Gewerbegebiete mit Einschränkungen Grundflächenzahl

Geschoßflächenzahl

Höchste Vollgeschoßzahl

Offene Bauweise Höchste Anzahl der Wohnungen je Wohngebäude

Straßenverkehrsflächen

Straßenbegrenzungslinie

flächen über NN in Metern.

Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und

zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft ge-mäß § 9 (1) Nr. 20 BauGB,

auch als Ausgleichsfläche

zugunsten der Baugebiete gemäß § 9(1a) BauGB.

g) Flächen für Schallschutzmaßnahmen

e) Festsetzungen nach § 9(1) 25 BauGB

und Sträuchern.

Sträuchern.

Flächen zum Anpflanzen

von heimischen Bäumen

Flächen mit Bindung für

Bepflanzung und für die

Neu anzupflanzende Bäu-

Zu erhaltende Bäume

Öffentliche Grünflächen.

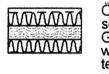
Erhaltung von Bäumen und



f) Grünflächen

Flächen für **passive** Schall-schutz- Maßnahmen, z.B. Einbau von Schallschutzfen-stern, Grundrißgestaltung o.ä.

h) Nachrichtliche Übernahmen



Öffentlicher Wasserzug "Sassengraben" mit beidseitigen Gewässerrandstreifen nach wasserrechtlichen Vorschriften, § 91a NWG ist zu be-

i) Kennzeichnung von Flächen



Im gesamten Plangebiet wer-Kampfmittel oder Bombenblindgånger aus dem 2. Weltkrieg vermutet. Sondierungen sind angezeigt.

TEXTLICHE FESTSETZUNGEN TF

- In den Mischgebieten sind Anlagen nach § 6 (2) 5. BauNVO nur ausnahmsweise zulässig.
- In den Mischgebieten sind Anlagen nach § 6 (2) 6.-8. BauNVO unzu-
- Die Ausnahme nach § 6 (3) BauNVO ist nicht Bestandteil des Bebau-
- In den Gewerbegebieten sind Einzelhandelsbetriebe und Lagerplätze nur als untergeordnete Bestandteile von Produktionsstätten zulässig, Tankstellen und Anlagen für sportliche Zwecke können als Ausnahme
- In den Gewerbegebieten sind nur Anlagen zulässig, deren flächenbezogener Schallleistungspegel 60 dB(A)_{tags} und 45 dB(A)_{nachts} nicht über-
- In den Gewerbegebieten ist die Ausnahme nach § 8 (3) 3. BauNVO nicht Be-standteil des Bebauungsplanes.
- Im Geltungsbereich des Bebauungsplanes sind zwischen den Straßenbegrenzungslinien und den straßenseitigen Baugrenzen Anlagen nach den §§ 12 und 14 der Baunutzungsverordnung (BauNVO) unzulässig, soweit es sich um Gebäude handelt.
- Der Versiegelungsgrad von Grundstückszufahrten, Zuwegungen und offenen Stellplätzen darf 60% nicht überschreiten.
- Für bauliche Maßnahmen zur Minderung der Lärmeinwirkungen auf schutzbedürftige Räume gelten die Bestimmungen des § 3 der 24.

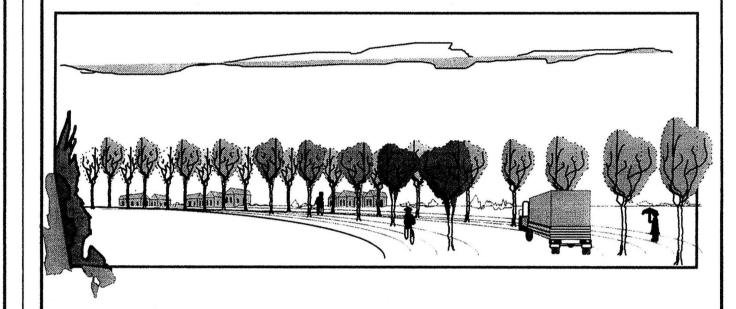
HINWEISE

- Im Bereich des Bebauungsplanes sind über die als zu erhalten festgesetzten Bäume hinaus weitere Bäume oder Baumgruppen vorhanden, die nach der Satzung über den Schutz des Baumbestandes (Baumschutzsatzung) der Stadt Delmenhorst geschützt sind. Auf § 3 der Baumschutzsatzung wird des-
- Bei der Plandurchführung zutage tretende ur- und frühgeschichtliche Bodenfunde sind bei der Denkmalbehörde oder einem Beauftragten für Denkmalpflege meldepflichtig

(Untere Denkmalbehörde ist das Bauordnungsamt der Stadt Delmenhorst).

Schallpegelminderungen, die bei konkreten Einzelvorhaben durch Abschirmungsmaßnahmen erreicht werden, können in der Höhe des Schirmwertes bzgl. der relevanten Immissionswerte des Flächenschallleistungspegels zugerechnet werden. Umverteilungen der abstrakt berechneten, flächenbezogenen Schallleistungspegel auf den Teilflächen können im konkreten Einzelfall vorgenommen werden.

Der sich aus dem flächenbezogenen Schallleistungspegel und dem Flächenmaß ergebende Schallleistungspegel bestimmt den Immissionsanteil der Fläche. Der effektive Schallleistungspegel als Immissionswert kann im konkreten Einzelfall aufgrund frequenz- und entfernungsabhängigen Luftabsorptionsmaßes oder zeitlicher Begrenzung der Emission größer sein, als der genannte Schallleistungspegel bei gleichzeitiger Einhaltung des Immissionsan-



VERFAHRENSNACHWEIS:

Der Rat der Stadt hat in seiner Sitzung am 15.12.1998 die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 297 beschlossen. Der Aufstellungsbeschluß ist gemäß § 2(1) BBauG am 21.03.2000 ortsüblich bekanntgemacht worden Delmenhorst, den 22.03.2000

> Der Oberstadtdirektor Stadtplanungsamt Im Auftrage

> > gez. U. Ihm

Stadtplanungsamt

Die Planunterlage entspricht im Geltungs-bereich des Bebauungsplanes dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die städtebaulich bedeutsamen baulichen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Stand vom Mai 2000). Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei. Die Übertragbarkeit der neu zu bildenden Grenzen in die Örtlichkeit ist einwandfrei möglich. Delmenhorst, den 05.04.2001.

Für die Aufstellung des Planentwurfes:

Delmenhorst, den 10.07.2000

gez. K. Keller

Stadtbaurat

gez. U. Ihm

Der Rat der Stadt hat in seiner Sitzung am 11.07.2000 dem Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung zugestimmt und die öffentliche Auslegung gem. § 3(2) BauGB beschlossen. Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am 14.07.2000 ortsüblich bekanntgemacht. Der Entwurf des Bebauungsplanes und die zugehörige Begründung pahen vom die zugehörige Begründung haben vom 24. 07. bis einschließlich 24. 08. 2000 gemäß § 3(2) BauGB öffentlich ausgelegen.

Delmenhorst, den 25.08.2000

Der Oberstadtdirektor Stadtplanungsamt Im Auftrage

Der Rat der Stadt hat den Bebauungsplan nach Prüfung der Bedenken und Anregungen [§3(2) BauGB] in seiner Sitzung am 07.11.2000 als Satzung sowie die Begründung beschlossen.

Delmenhorst, den 09.11.2000 Der Oberstadtdirektor Stadtplanungsamt Im Auftrage

Der Satzungsbeschluß ist gemäß § 10 BauGB am 21.04.2001 im Delmenhorster Kreisblatt bekanntgemacht worden. Dieser Bebauungsplan ist damit am 21.04.2001 rechtsverbindlich geworden.
Delmenhorst, den 25.04.2001

Der Oberstadtdirektor Stadtplanungsamt Im Auftrage

gez. U. Ihm

Aufgrund § 1(3) und des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) vom 27.08.1997 und des § 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) in der zur Zeit geltenden Fassung hat der Rat der Stadt Delmenhorst diesen Bebauungsplan Nr. 297, bestehend aus der Planzeichnung und den zugehörigen, textlichen Festsetzungen als Satzung beschlossen.

Delmenhorst, den 07.11.2000

Stadt Delmenhorst

gez. Thölke

Oberbürgermeister

gez. Boese

Oberstadtdirektor

RECHTSGRUNDLAGEN:

- Das Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. 08. 1997
- die Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung-BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. 01. 1990;

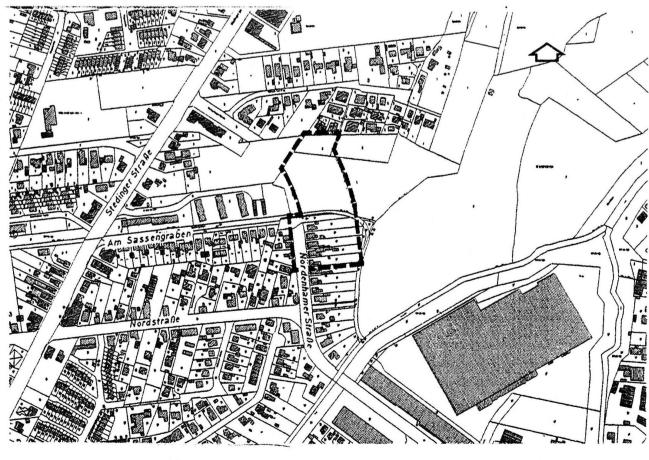
Stadt Delmenhorst



Bebauungsplan Nr. 297 "Verlängerte Nordenhamer Straße"

für einen Teilbereich der Nordenhamer Straße südlich des Sassengraben und für die östlich angrenzenden Grundstücke Nordenhamer Straße Nr. 216 bis 224 sowie für nördlich anschließende Teilflächen beiderseits des Sassengraben bis zur Bebauung am Wilhelm-Tell-Weg.

ÜBERSICHTSPLAN



Rechtsverbindlich seit 21.04.2001

Aufgestellt:

STADTPLANUNGSAMT, Dipl.-Ing. U. Mahn

Gezeichnet: STADTPLANUNGSAMT, Frau Gogolin